

## **Schriftliche Stellungnahme**

PLANET IC GmbH

zur öffentlichen Anhörung des  
Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung  
am 18. November 2022

zum Gesetzentwurf der Landesregierung  
**Entwurf eines Gesetzes zur Optimierung der IT-Landschaft  
in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern**  
- Drucksache 8/1346 -

# Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung

des Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landtag Mecklenburg-Vorpommern zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Optimierung der IT-Landschaft in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern“

**von** PLANET IC GmbH  
Birger Bösel, Geschäftsführung  
Mettenheimer Straße 9-15  
19061 Schwerin

Vielen Dank für die Einladung zur öffentlichen Anhörung. Gern bringen wir uns in den Diskussionsprozess zur Errichtung des Landesamtes Zentrum für Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommerns ein.

Unsere Stellungnahme basiert auf dem fortlaufenden intensiven Austausch innerhalb der regionalen IT- und Digital-Unternehmen. Die Bandbreite reicht von Einzelunternehmen über Startups bis hin zu etablierten mittelständischen Unternehmen. Wie allgemein für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern charakteristisch, gilt insbesondere für die IT- und Digital-Branche, dass die Unternehmen meist inhabergeführt sind. Sie sind stark mit der Region verwurzelt und für diese über die eigene Geschäftstätigkeit hinaus engagiert.

Ergänzend bringen wir unsere Erfahrungen aus mehr als 25 Jahren erfolgreicher Transformation und Digitalisierung in verschiedensten Branchen ein.

Digitalisierung sowohl in der Wirtschaft als auch in der öffentlichen Verwaltung ist wesentlicher Faktoren für erfolgreiche Entwicklung von Regionen. Angesichts der strukturellen Nachteile weiter Teile von Mecklenburg-Vorpommerns kommt der Digitalisierung (u.a. im Zusammenspiel mit der Energiewende) eine kaum zu überschätzenden Bedeutung zu und stellt eine einmalige Chance für unser Bundesland dar. Der Stand und insbesondere die Dynamik der digitalen Transformation in unserem Bundesland und speziell der öffentlichen Verwaltung werdem dem bisher nicht gerecht. Daher begrüßen wir die Überlegungen zur Optimierung des Vorgehens. Ebenfalls verstehen wir den Ansatz, diese Optimierung durch Zentralisierung zu erreichen. Wir nehmen diese Zentralisierung jedoch als recht einseitige Perspektive wahr und möchten daher zwei Kernpunkte ergänzen:

## **1. Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern**

Die Schaffung von zentralen IT-Dienstleistern der Landesverwaltung und der kommunalen Ebene hat zu einer Schwächung der (IT)-Wirtschaft geführt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern trägt hierbei der besondere Status der DVZ GmbH bei.

In diesem Zentralisierungsprozess haben regionale Unternehmen Auftragsvolumen verloren. Zum einen, da diese Aufträge durch die zentralen Dienstleister selbst erbracht werden, zum anderen da diese Aufträge (z.B. auf Grund großer Lose) an überregionale Anbieter vergeben werden.

Primär geht damit Mecklenburg-Vorpommern Wirtschaftskraft verloren. Sekundäre Effekte gehen weit darüber hinaus. Durch den fehlenden bzw. stark reduzierten heimischen Markt fehlen den Unternehmen stabilisierendes Grundgeschäft und Referenzen, in dessen Folge weniger überregionale Aufträge akquiriert werden. Dies führt dazu, dass Unternehmen und Region weniger attraktiv für Fachkräfte sind.

Letztendlich führen diese Effekte zu einer Reduktion der IT-Kapazitäten und Innovationskraft in der Region, die somit auch nicht für öffentliche Digitalisierungsprojekte zur Verfügung stehen. Mecklenburg-Vorpommern wird im Wettbewerb mit anderen Regionen der Bundesrepublik bzw. Europas geschwächt.

Aus diesen Erfahrungen der letzten 30 Jahre ist zu lernen. Die IT-Optimierung und Digitalisierung der Landesverwaltung ist nicht isoliert sondern als ganzheitliche gesellschaftliche Aufgabe und Teil eines digitalen Mecklenburg-Vorpommerns zu betrachten und zu organisieren. Hierbei ist die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der im Land aktiven Digitalbranche primär zu nutzen. Die Prioritäten sind in jedem Fall so zu organisieren, dass weitere negative Effekte auf die Wirtschaftsstruktur des Landes vermieden werden. Hierzu kann z.B. eine Selbstverpflichtung des Landes dienen, einen wesentlichen Teil (z.B. 50 %) der Aufträge an regionale Unternehmen zu vergeben. Im Rahmen einer regelmäßigen Evaluation des Gesetzes und dessen Umsetzung, ist gemeinsam mit der IT- und Digitalbranche zu prüfen, in welchem Umfang das gelingt und was ggf. gemeinsam getan werden kann, um die Wirtschaft besser einzubinden.

## **2. Digitale Transformation und Zentralisierung**

Seit der Jahrtausendwende wurden verschiedenste Branchen grundlegend transformiert. Sehr greifbar ist dies in den Branchen Versandhandel oder Medien und Unterhaltung. Ungeachtet einzelner Projekte, steht dieser digitale Wandel für die öffentliche Verwaltung insbesondere in Deutschland noch aus.

Für die Verwaltung bietet dies den Vorteil, aus der Entwicklung anderer Branchen zu lernen. Während in den 1990er und frühen 2000er Jahren die Zentralisierung der IT als interne Service-Organisation (zum Teil begleitet durch Outsourcing) quer durch alle Branchen zu beobachten war, ist dies heute deutlich differenzierter.

Erfolgreiche digital ausgerichtete Organisationen entwickeln und verbessern ihre digitalen Prozesse in crossfunktionalen ergebnisverantwortlichen Teams. Je nach Organisation erfolgt dies auf Grundlage einer eigenen gemeinsam genutzten oder der Basisinfrastruktur (z.B. Cloudcomputing) von Dritten.

Übertragen auf die Landesverwaltung kann dies bedeuten, dass Infrastruktur zentral bereitgestellt wird. Die eigentliche digitale Transformation im Zusammenspiel mit innovativen Dienstleistern erfolgt auf der fachlichen Ebene. Hierzu ist auf der Fachebene Digitalkompetenz zu entwickeln. Die Errichtung einer neuen zentralen „Zuständigkeit“ wirkt diesem eher entgegen.

Da mit der DVZ GmbH bereits heute eine zentrale Organisation bereitsteht, ist zu prüfen, welche Veränderungen notwendig sind, um die aktuellen und zukünftigen Anforderungen unter Einbeziehung der regionalen Wirtschaft bestmöglich zu erfüllen. Die Schaffung einer neuen zentralen Organisation ohne an anderer zentraler Stelle etwas zu verändern, erscheint nicht erfolgversprechend und wird die Komplexität erhöhen und Abstimmungswege verlängern.